

Der Solinger Dialog.

Generationsübergreifendes Gesprächsformat und Markenzeichen der kommunalen Jugendbeteiligung

Isolde Aigner • Evelyn Wurm

Solingen verfügt über eine langjährige Tradition bei der Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern an kommunalpolitisch relevanten Themen. Bereits im Mai 1991 präsentierte das damalige Amt für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung in Zusammenarbeit mit der VHS und der Bergischen Universität Wuppertal eine Dokumentation »Bürgerbeteiligung in Solingen« und stellte exemplarisch die Bürgerbeteiligungsverfahren vor, die seit Ende der 70er Jahre in Solingen durchgeführt wurden mit besonderem Fokus auf der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

2016 wurde eine Stabsstelle für Bürgerbeteiligung eingerichtet unter deren Federführung mit externer fachlicher Begleitung (1) in einem dialogischen partizipativen Prozess Leitlinien für Bürgerbeteiligung entwickelt werden konnten. Diese wurden 2017 mit breiter politischer Mehrheit verabschiedet und prägen seitdem die Beteiligungskultur in der Stadt Solingen maßgebend.

Innerhalb der Stadtverwaltung konnten »Beteiligungsnetzwerke« und Strukturen geschaffen werden, die ressort- und fachdienstübergreifend Beteiligungsprozesse planen und umsetzen. Wichtige koordinierende Eckpfeiler dieser Beteiligungsstruktur sind die Stabsstelle Bürgerbeteiligung und der Strategiebereich für kommunale Jugendbeteiligung.

Bei der Stabsstelle Bürgerbeteiligung werden die Informationen zu Partizipationsprozessen in Form einer jährlichen Vorhabenliste stadtweit gebündelt. Die Stabsstelle ist darüber hinaus Ansprechperson intern und extern zum Thema Beteiligung in Solingen. Der Strategiebereich Kommunale Jugendbeteiligung dient der Koordination und Strategieentwicklung gesamtstädtischer Jugendbeteiligung. Die beiden Arbeitsbereiche sind miteinander verzahnt und tragen so dazu bei, auf unterschiedliche Zielgruppen zugeschnittene Beteiligungsformate zu entwickeln und umzusetzen.

Kommunale Jugendbeteiligung in Solingen. Das Modellprojekt fYOUture

2017 startete in Solingen das Modellprojekt »fYOUture – Wenn Demokratie leben lernt« (Laufzeit: 15.8.2017-31.10.2022). Das Projekt war in der Jugendförderung (Stadtdienst Jugend) angesiedelt. Es wurde finanziert aus Mitteln des Jugendministeriums des Landes NRW und richtete sich an junge Menschen, Mitarbeitende der Verwaltung sowie Kommunalpolitiker/innen.

Die Umsetzung erfolgte durch die Projektleitung und ein junges und vielfältiges Team an Honorarkräften, das größtenteils selbst jugendpolitisch engagiert ist.

Unterstützt wurde das Projekt von Beginn an von der Beigeordneten für Jugend, Schule, Integration, Kultur und Sport. Die Beigeordnete, war an der operativen Steuerung beteiligt und hat mit dazu beigetragen, eine verlässliche Mitwirkung von Verwaltung und Politik zu sichern. Auch die Stabsstelle Bürgerbeteiligung war seit der Geburtsstunde des Projekts an dem jugendpolitischen Prozess beteiligt, brachte die Projektleitung mit Schlüsselpersonen der Verwaltung zusammen, vernetzte sie mit anderen Stadtdiensten und unterstützte zahlreiche Jugendbeteiligungsverfahren, so dass das Projekt zunehmend an kommunalpolitischer Bedeutung gewann. Darüber hinaus arbeitete die Projektleitung eng mit der Geschäftsstelle des Jugendstadtrates und dem Jugendstadtrat als Vertretung der Solinger Jugend zusammen.

Das Projekt setzte an zwei Ebenen an:

Erstens sollte Solingen – modellhaft für andere Kommunen - Jugendbeteiligung in kommunale Strukturen überführen und schließlich verstetigen sowie verbindlich und nachhaltig verankern. Zweitens machte es sich das Projekt zur Aufgabe, junge Menschen mit unterschiedlichen Merkmalen hinsichtlich Migration, sozialer Herkunft und jugendpolitischer Erfahrung zu ermuntern, kommunalpolitische Prozesse selbstbestimmt, solidarisch und kritisch hinterfragend mitzugestalten. Entsprechend wurden vielfältige Angebote zur Förderung politischer Bildung und Beteiligung, gesellschaftlicher Teilhabe und Empowerment für unterschiedliche Zielgruppen umgesetzt. Dazu gehörten z.B. Picknicks mit Gesprächsrunden, Filmabende, jugendgerechte Informationsveranstaltungen zu Wahlen, Jugendforen und Empowerment-Workshops, um mutig für eigene Anliegen gegenüber Kommunalpolitik und Verwaltung einzutreten.

Darüber hinaus sollte Solingen als erste Stadt in NRW eine gesamtstädtische Handlungsstrategie zur nachhaltigen Verankerung vielfältiger Jugendbeteiligung in der Stadtgesellschaft entwickeln und umsetzen. Die Strategie wurde im Rahmen der so genannten Trialoge erarbeitet. Dabei handelt es sich um eine Workshopreihe, bei der sich Jugendliche, Verwaltung, Kommunalpolitik gleichberechtigt über mögliche Maßnahmen abstimmen und diese gemeinsam verbindlich festschreiben.

Der dazugehörige Maßnahmenkatalog beinhaltet folgende Schwerpunkte:

■ **Öffentlichkeitsarbeit (über neue Medien) und Transparenz**

Der Schwerpunkt dient der Förderung der Öffentlichkeitswirksamkeit von Maßnahmen für und mit Jugendlichen in Solingen und zweitens der Ausweitung der Informationspolitik des Jugendstadtrates. Beispiele sind digitale und analoge Werbeaktionen, um auf Angebote aufmerksam zu machen.

■ **Themenschwerpunkt Sensibilisierung und Kommunikation**

Hier geht es um die Förderung einer jugendgerechten Haltung und Kommunikation gegenüber Jugendlichen, ihren Perspektiven und Anliegen sowie dem Abbau von Berührungängsten zwischen Jugendlichen, Kommunalpolitik sowie Verwaltungsmitarbeitenden. Beispiele sind Fortbildungen für Politik und Verwaltung sowie Abendveranstaltungen (Get Together) für Jugendliche, Politik und Verwaltung, die den lockeren, informellen Austausch ermöglichen.

■ **Beteiligung, Anerkennung und Wirksamkeit**

Der Schwerpunkt umfasst die (Weiter-)Entwicklung und verbindlichere Verankerung von Maßnahmen zur institutionellen und niedrighschwelligigen Jugendbeteiligung. Beispiele sind die Verankerung eines Rede- und Beratungsrechts des Jugendstadtrates in allen Ausschüssen, sowie Formate der aufsuchenden Jugendbeteiligung.

■ **Politische Bildung und Beteiligung in der Schule**

Dieser Schwerpunkt beinhaltet Konzepte zur Förderung von (kommunaler) politischer Jugendbildung sowie Jugendbeteiligung in der Schule, wie zum Beispiel die Umsetzung eines Simulationskonferenz des Solinger Stadtrates.

■ **Gesellschaftliche Teilhabe und Jugendbeteiligung innerhalb städtischer Strukturen sowie stadtweiter Prozesse**

Hier geht es um die Beratung und Begleitung städtischer Strukturen und stadtweiter Prozesse zur Förderung von Jugendbeteiligung sowie um die Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe. Hierzu gehört beispielsweise die Förderung gesellschaftlicher Teilhabe im Rahmen der stadtweiten Nachhaltigkeitsstrategie.

Zum Ende der Projektlaufzeit wurde die gesamtstädtische Strategie im Jugendhilfeausschuss verabschiedet. Solingen ist die erste Stadt in NRW mit einer entsprechenden Strategie, die mit dem Beschluss des Jugendhilfeausschusses verankert wurde und auf diese Weise die strukturelle Beteiligung junger Menschen in der Stadt verbindlich absichert.

Vom Modellprojekt »fYOUture« zum Strategiebereich Kommunale Jugendbeteiligung

Im Rahmen des Modellprojekts wurden ca. 3000 junge Menschen aus unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen erreicht. Darüber hinaus wirkten zahlreiche Politiker/innen aller Fraktionen sowie Verwaltungsmitarbeitende engagiert mit. »fYOUture« ist inzwischen in den kommunalen Strukturen angekommen und nicht mehr wegzudenken. Es ist inzwischen mit zahlreichen Stadtdiensten, Vertretenden der Kommunalpolitik und Akteuren der Jugendarbeit vernetzt. Es wurde eine Planstelle eingerichtet und der Strategiebereich Kommunale Jugendbeteiligung ins Leben gerufen, angesiedelt im Familienbüro innerhalb der Jugendhilfeplanung im Stadtdienst Jugend. Zu den Aufgaben des Strategiebereichs gehört die Koordination der verankerten Handlungsstrategie sowie die Mitwirkung an kommunalen Planungs- und Beteiligungsprozessen. Darüber hinaus wird der Strategiebereich auch weiterhin Angebote zur Förderung von Jugendbeteiligung, politischer Jugendbildung, Empowerment, sowie gesellschaftliche Teilhabe umsetzen. 2023 legt das Team einen Schwerpunkt auf Maßnahmen mit jungen Menschen in Benachteiligungslagen, beispielsweise junge Wohnungslose.

Wichtig ist außerdem der praxisorientierte Wissenstransfer innerhalb und außerhalb der Kommune, dazu gehören Beratungen, Vorträge und Multiplikatorenschulungen rund um das Thema Jugendbeteiligung.

Der Solinger Dialog

Um eine gute Zusammenarbeit zwischen Jugendlichen, Vertretenden der Kommunalpolitik und Verwaltung auf den Weg zu bringen, wurde in Solingen der Dialog als jugendgerechtes Gesprächsformat entwickelt. Im Rahmen der Dialoge haben alle Mitwirkenden gleichermaßen Mitbestimmungsrechte, Gleichzeitig kann man das Machtgefälle zwischen Jugendlichen und Erwachsenen nicht außer Acht lassen. Erwachsene (insbesondere im Kontext von Verwaltung und Kommunalpolitik) verfügen über mehr Rechte, mehr Macht und Einfluss aber auch geschickte Kommunikationsstrategien. Sie haben andere Möglichkeiten, Ressourcen und Anerkennungserfahrungen, wenn es darum geht, eigene Anliegen und Forderungen zu artikulieren. Aus diesem Grund sind verschiedene Strategien zur Abfederung des Machtgefälles bei den Dialogen entwickelt worden:

Vor den Dialogen werden Empowerment Workshops mit Jugendlichen durchgeführt. In den Workshops wird zunächst über Situationen gesprochen, in denen sich die Jugendlichen im Umgang mit Erwachsenen unwohl gefühlt haben (z.B. in konkreten Gesprächssituationen oder in Gremien). Im nächsten Schritt entwickeln die Jugendlichen gemeinsam Strategien, wie sie entsprechenden Situationen begegnen bzw. reagieren können. Anschließend wird außerdem überlegt, wie die Mitarbeitenden des fYOUture-Teams die Jugendlichen im Umgang mit Erwachsenen (bei Veranstaltungen wie dem Dialog) unterstützen kann. Auf diese Weise sind z.B. die Prozessbeobachter/innen ins Leben gerufen worden, siehe unten.

Es werden in der Regel die Orte, an denen sich die Jugendlichen bevorzugt aufhalten, als Veranstaltungsorte ausgewählt, damit junge Menschen einen »Heimvorteil« haben, während Erwachsene aus ihrer »Komfort-Zone« müssen.

Zu Beginn der Veranstaltung wird ein Warm up durchgeführt (z.B. kotzendes Känguru), um die Berührungängste untereinander abzubauen, außerdem sind alle dazu angehalten, sich während der Veranstaltung zu duzen.

In den Gesprächsrunden werden erwachsene Prozessbeobachter/innen eingesetzt. Ihre Aufgabe ist es, zu Beginn der Gesprächsrunden (mit Jugendlichen und Erwachsenen) die Gesprächsregeln für ein jugendgerechtes Miteinander zu erklären (siehe unten) und darauf zu achten, dass sich alle an diese Regeln halten. Bei »Regelverstößen« wird die Runde kurz unterbrochen und »ermahnt«.

Die jugendgerechten Gesprächsregeln wurden gemeinsam mit Jugendlichen entwickelt:

- Alle sollen sich während des Gesprächs in die Augen schauen
- Parteienwerbung ist nicht gestattet
- Es soll keine Pauschalisierung geben (z.B. »die Jugendlichen«)
- Fokussierung auf jugendliche »Funktionsträger*innen« (z.B. Vorsitzende des Jugendparlaments) soll vermieden werden
- Es gibt eine begrenzte Redezeit der Erwachsenen

Bisher wurden sechs Trialoge erfolgreich umgesetzt. Auch andere Kommunen in NRW sind begeistert von dem Verfahren, das eine jugendgerechte Gesprächskultur ermöglicht.



Abbildung 1: Trialog zwischen Jugend, Verwaltung, Politik, © Isolde Aigner

Bürgerbeteiligung und Jugendbeteiligung zusammendenken und stetig weiterentwickeln!

Jugendbeteiligung und Bürgerbeteiligung sind wichtige Grundpfeiler jeder Kommune und können sich im Idealfall gegenseitig bereichern und verstärken – im Sinne einer lebendigen Beteiligungskultur in der Stadtgesellschaft.

Von Beginn an konnte das Modellprojekt auf das Knowhow der Stabsstelle Bürgerbeteiligung setzen, um sich die städtischen Strukturen und Abläufe zu erschließen, so dass Beteiligungsprozesse nicht ins Leere laufen. Immer wieder hat die Stabsstelle dem Modellprojekt außerdem Türen geöffnet, für die Expertise des Projektteams geworben und sich dafür stark gemacht, dass die Projektleitung bei kommunalen Planungsprozessen und dazugehörigen Beteiligungsvorhaben mit einbezogen wird. Durch die organisatorische Anbindung der Stabsstelle Bürgerbeteiligung im Ressort für Planung, Bauen, Verkehr, Umwelt und Stadtentwicklung konnten besonders auch diese Themenbereiche mit gemeinsamen partizipativen Prozessen unterstützt werden, beispielsweise im Zusammenhang mit integrierten Stadtteilentwicklungskonzepten, Neugestaltung des Öffentlichen Raums oder auch der Neuausrichtung des Klingenmuseums.

Die Kolleginnen setzen zusammen aber auch eigene Projekte um, in denen sie Bürger- und Jugendbeteiligung zusammendenken. So haben sie sich dafür eingesetzt, dass der Jugendstadtrat als beratendes Mitglied im Beirat Bürgerbeteiligung mit aufgenommen wurde und einen eigenen Tagesordnungspunkt bekommen hat.



Abbildung 2: Picknick mit Gesprächsrunde zur Bundestagswahl, © Isolde Aigner

Gemeinsam und unter Beteiligung von Jugendlichen haben sie Sensibilisierungsmaßnahmen zur Förderung einer jugendgerechten Haltung von Kommunalpolitik und Verwaltung entwickelt und umgesetzt. Daran anknüpfend sollen in Zukunft auch Fortbildungen für Auszubildende und Führungskräfte der Verwaltung mit dem Schwerpunkt der Bürger- und Jugendbeteiligung gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden, um auf diese Weise in die Personalentwicklung hineinzuwirken. Auch eine Checkliste mit Kriterien für eine jugend- und bürgerechte Beteiligung ist in Planung soll den Stadtdiensten zur Verfügung gestellt werden. Für die Erhaltung einer lebendigen Beteiligungskultur, müssen bisherige Beteiligungsverfahren aber immer wieder ausgewertet und weiterentwickelt werden.

Beteiligung darf nie stehen bleiben. Die Stabsstelle Bürgerbeteiligung und der Strategiebereich Kommunale Jugendbeteiligung werden es sich deshalb auch weiterhin zur Aufgabe machen, die gesellschaftlichen Veränderungen, Ungleichheiten und Krisen bei der Entwicklung der Beteiligungsangebote gemeinsam zu reflektieren und zu berücksichtigen. Auf diese Weise wollen sie einen wichtigen Beitrag für eine demokratische Stadtgesellschaft liefern, die von dem Engagement ihrer Bewohner/innen, die mitbestimmen, wie ihre Stadt von morgen aussehen soll, lebt.

Anmerkungen

(1) fachliche Begleitung durch die Stiftung Mitarbeit

Autorinnen

Isolde Aigner hat von 2017-2022 ein Modellprojekt zur Förderung und Verankerung kommunaler Jugendbeteiligung in der Stadt Solingen (Jugendförderung) geleitet, das aus Mitteln des Landes NRW finanziert wurde. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören politische Jugendbildung, Empowerment sowie niederschwellige und institutionelle Jugendbeteiligung. Inzwischen leitet sie den Strategiebereich Kommunale Jugendbeteiligung im Stadtdienst Jugend der Stadt Solingen. Sie ist u.a. Mitglied im Netzwerk Jugendpolitik NRW.

Kontakt

E-Mail: i.aigner@solingen.de

instagram: fyouture solingen

Evelyn Wurm ist seit 2016 Leiterin der Stabsstelle Bürgerbeteiligung bei der Stadt Solingen. Sie verfügt über langjährige Erfahrungen als Projektleiterin in administrativen Prozessen und diversen internen, externen und europäischen Projekten. Ihr Fokus liegt auf der Förderung der Beteiligungskultur, dem Aufbau von internen und externen Strukturen sowie der Zusammenarbeit mit Gruppen des bürgerschaftlichen Engagements. Sie ist Mitglied im [Netzwerk »Nekopa«](#), dem Netzwerk »Zukunftsfaktor Bürgerschaftliches Engagement in NRW« und Mitglied im »Bündnis für vielfältige Demokratie«.

Kontakt

E-Mail: e.wurm@solingen.de

Tel.: 0212 290 4301

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung

c/o Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter

Am Kurpark 6 | 53177 Bonn

E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de